

GRZEGORZ MOTYKA

HÖLLISCHE ALTERNATIVE

DIE UKRAINISCHE UND DIE LITAUISCHE UNTERGRUND- BEWEGUNG ZWISCHEN NATIONALSOZIALISMUS UND KOMMUNISMUS

Die Aktivitäten des bewaffneten Untergrunds in Litauen und der westlichen Ukraine während des Zweiten Weltkrieges wurden bislang noch nicht eingehend erforscht und bilden weiterhin ein weites Feld für ideologische Streitigkeiten. Besucht man das heutige Litauen oder die westliche Ukraine, so stößt man leicht auf eindrucksvolle Zeugnisse der Wertschätzung, die die Bevölkerung beider Länder der antikommunistischen Untergrundbewegung nach 1945 entgegengebracht hat. Deren Schicksal wird durch zahlreiche populärwissenschaftliche und quellenhistorische Publikationen, Gedenkveranstaltungen an den früheren Stätten der Partisanenkämpfe und durch Gedenktafeln an Gebäudewänden, aber auch durch steinerne Denkmäler zu Ehren der bedeutendsten Führer des Untergrunds in Erinnerung gerufen (etwa das General-Jonas-Žemaitis-Denkmal in Wilna). Ein völlig anderes Bild der litauischen Konspiration entwerfen hingegen Vertreter der russischen Historiographie, die den Untergrund häufig in Zusammenhang mit Nazikollaboration und den während der NS-Besatzungsherrschaft verübten Verbrechen bringen.¹

In apologetischen Abhandlungen über die Tätigkeit der Partisaneneinheiten nach 1945 wird immer wieder die Auffassung vertreten, dass die litauischen und ukrainischen Kampfverbände auch weiterhin mit deutschen

¹ Beispielsweise: Povsednevnoš' terrora. Dejatelnost' nacionalističeskich formirovanij v zapadnyh regionach SSSR, hg. v. DAR'JA VALIEVA, Moskva 2009; Banderizacija Ukrainy. Glavnaja ugroza dlja Rossii, hg. v. JURIJ KOZLOV, Moskva 2008; MICHAEL KRYGIN, Pribaltijskij fašizm. Istorija i sovremennost', Moskva 2007; ALEXANDER DJUKOV, Milost' k padšim. Sovetskie repressii protiv nacističeskich posobnikov v Pribaltike, Moskva 2009; PETRAS STANKERAS, Litovskie policejskie batal'ony 1941–1945 gg., Moskva 2009; IGOR' PYCHALOV, Za čto Stalin vyseljal narody? Stalinskije doportacii – prestupnyj proizvol ili spravedlivoe vozmezdije?, Moskva 2008.

und sowjetischen Besatzern zugleich in Konflikt blieben – „im Kampf gegen zwei Totalitarismen“. In Wirklichkeit sahen jedoch sowohl die ukrainische als auch die litauische Untergrundbewegung ausschließlich die UdSSR als Hauptfeind an. Das Dritte Reich wurde indessen zumindest bis 1941 als potentieller Bündnispartner betrachtet, mit dessen Hilfe man sich die Wiedergewinnung beziehungsweise Erlangung der nationalen Unabhängigkeit erhoffte. Hinter dieser Haltung mussten nicht unbedingt besondere Sympathien für die NS-Ideologie stehen, die oftmals als geeignetstes Werkzeug zur Gewährleistung der Freiheit für die eigene Nation oder auch als Tribut betrachtet wurde, der notgedrungen zu entrichten war, um ein höheres Ziel zu erreichen. Nichtsdestotrotz spiegelt sich in den Äußerungen ukrainischer Nationalisten jener Zeit eine gewisse Faszination im Blick auf den Faschismus wider. Denn während demokratischer Liberalismus, Sozialismus und Konservatismus von den Nationalisten entschieden bekämpft wurden, nahm man zu nationalsozialistischen beziehungsweise faschistischen Weltanschauungen lediglich „kritisch“ Stellung. Dabei herrschte allein die Befürchtung vor, „nicht unter deren Suggestivkraft und Einfluss zu geraten“, da man davon ausging, dass diese Ideologien vor allem „das Wohl und die Stärke ihrer Nationen“² vor Augen hatten.

Bei Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges im Juni 1941 traten Ukrainer und Litauer aktiv gegen die Rote Armee auf den Plan. Unmittelbar nach dem Beginn der Kampfhandlungen in Ostgalizien und Litauen kam es zu den ersten antisowjetischen Aufständen. Geleitet wurden die bewaffneten Aktionen von der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) und der Front Litauischer Aktivisten (LAF). Die OUN unter Stepan Bandera zählte damals ca. 10.000-20.000 eher schlecht ausgerüstete Mitglieder und übernahm in 213 Ortschaften die Macht. Dabei wurden etwa 100 Einzelkämpfe mit der Roten Armee ausgefochten – unter anderem in den Gegenden von Luzk, Dubno und Trembowla.

Am 30. Juni 1941 beriefen die Mitglieder der von Bandera angeführten OUN-Fraktion in Lemberg eine eigene Regierung ein, an deren Spitze Jaroslav Stetsko stand. Diese Regierung wurde jedoch kurze Zeit später abgesetzt, ihre Gründer verhaftet und in Konzentrationslager eingewiesen.³ Die größten Gefechte trugen die litauischen Verbände in Kaunas aus, wo am 23. Juni 1941 die Wiederherstellung der litauischen Staatlichkeit proklamiert wurde. Die damals einberufene Regierung amtierte jedoch nur

² MAKSYM ORLYK [DMYTRO MYRON], *Ideja i Čyn Ukrajiny. Narys ideolohično-polityčnych osnov ukrajins'kogo nazionalizmu*, Kyïv 2001, S. 93.

³ *Ukrajins'ke deržavotvorennja. Akt 30 červnja 1941. Zbirnyk dokumentiv i materialiv*, hg. v. OREST DZIUBAN, Lviv / Kyïv 2001.

knapp sechs Wochen, wurde von deutscher Seite nie anerkannt und stellte daraufhin ihre Tätigkeit ganz ein.⁴

In einschlägigen litauischen und ukrainischen Studien wird mitunter die Auffassung vertreten, dass die damals entstandenen Regierungen „die Pläne der Nazis zunichtegemacht“ beziehungsweise diese in Bezug auf Litauen und die Ukraine „zur Enthüllung ihrer wahren Absichten gezwungen hatten“.⁵ Der Untergang dieser Regierungen wird sogar mit dem Beginn einer antideutschen Widerstandsbewegung gleichgesetzt. Der wahre Charakter der Regierung Stetsko zeigt sich aber allein schon durch die Tatsache, dass Stetsko die Diktatoren Benito Mussolini, Francisco Franco und Ante Pavelić von der Regierungsbildung in Lemberg umgehend brieflich informierte.⁶ Überschattet wurden die Regierungen von OUN und LAF ferner durch antijüdische Pogrome, zu denen es in der Gründungsphase dieser Regierungen und im Laufe ihrer Tätigkeit kam. Vor diesem Hintergrund steht eines fest: Falls Hitler den litauischen und ukrainischen Nationalisten die Gründung eigener Nationalstaaten erlaubt hätte, wären diese faschistisch gewesen.

In den okkupierten Gebieten Litauens und der Ukraine schuf das NS-Regime Reichskommissariate, in denen ein rücksichtsloses Besatzungsregime herrschte. Trotz ihrer Enttäuschung über die deutsche Politik unterstützten einige litauische und ukrainische Politikerkreise die nationalsozialistischen Machthaber aber auch weiterhin, da man sich eine gewisse Änderung der von ihnen vertretenen Standpunkte erhoffte. Aus diesem Grund setzten sich diese Kreise u. a. für die Bildung einer Hilfspolizei ein. Andere politische Vertreter Litauens und der Ukraine tauchten hingegen erneut in den Untergrund ab, der seitdem erstmals auch antideutsche Züge trug. Die litauische Historikerin Aušra Jurevičiūtė weist dabei auf folgenden Zusammenhang hin:

„Das spezifische Merkmal der antideutschen Widerstandsbewegung war der waffenlose Kampf. [...] Der Kampf gegen die Deutschen war [...] gleichbedeutend mit der Hilfe für die Sowjets und hätte den Ausverkauf der Inter-

⁴ CZESŁAW MADAJCZYK, *Faszyzm i okupacje 1938–1945*. Bd. 1, Poznań 1983, S. 610; DERS., *Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939–1945*, Köln 1988.

⁵ SIGITAS JEGELEVICIUS, *Okupacija i kolaboracija na Litwie w czasie II wojny światowej*, in: *Opór wobec systemów totalitarnych na Wileńszczyźnie w okresie II wojny światowej*, hg. v. PIOTR NIWIŃSKI, Gdańsk 2003, S. 32; auch: *Ukrajins'ke deržavotvorennja*, hg. v. DZIUBAN.

⁶ Ebd., S. 137. In seinem Brief an Mussolini stellte Stetsko fest, dass die Bandera-Fraktion der OUN „auf dem von der Moskauer und der jüdischen Okkupation befreiten Gebiet“ einen ukrainischen Staat geschaffen habe. Dabei drückte Stetsko die Hoffnung aus, dass „die Ukraine im neuen gerechten, faschistischen Herrschaftssystem, das die Versailler Ordnung ersetzen muss, den ihr gebührenden Platz findet“.

essen Litauens bedeutet. Feind Nr. 1 blieb auch nach 1940 weiterhin die UdSSR. Angesichts dessen wollten die Führer der Untergrundbewegung die Bevölkerung nicht etwaigen deutschen Unterdrückungsmaßnahmen aussetzen, bereiteten diese jedoch auf den entscheidenden Kampf gegen die Sowjetmacht zur Wiedererlangung der Unabhängigkeit Litauens vor.“⁷

Die litauischen Kommunisten schätzten die Lage im Jahre 1944 wie folgt ein:

„Die Besatzer liquidierten die nationalistischen Organisationen. Die Nationalisten gingen in den Untergrund und bauten eine Untergrundpresse auf. Diese nationalistische Untergrundpresse war nicht so sehr gegen die Deutschen gerichtet als vielmehr gegen die Sowjetmacht und die Rote Armee. Die Untergrundpublikationen der litauischen Nationalisten erschienen nicht ohne Wissen der deutschen Gestapo.“⁸

Ähnlich wie die litauischen Nationalisten verhielten sich zunächst auch die ukrainischen Nationalisten. Während jedoch die litauische Widerstandsbewegung von militärischen Maßnahmen gegen die deutsche Besatzungsmacht grundsätzlich Abstand nahm, entschieden sich die OUN und die Ukrainische Aufstandsarmee (UPA) in begrenztem Ausmaß für bewaffnete Aktivitäten gegen das NS-Regime (vor allem 1943 in Wolhynien). Die ukrainischen Partisanenverbände bekämpften dabei zwar deutsche Verwaltungsbehörden und Polizeieinheiten, ließen jedoch die Wehrmacht unbehelligt, da man befürchtete, andernfalls der Roten Armee indirekt Unterstützung zu gewähren.⁹

Erst angesichts der erneuten Besetzung Wolhyniens und Ostgaliziens durch die Rote Armee nahmen die Bandera-Fraktion der OUN und UPA erste Gespräche mit dem NS-Regime auf und schlossen mehrere Nichtangriffspakte und taktische Bündnisse gegen die Sowjetunion, auf deren Grundlage man als Belohnung für die Weitergabe nachrichtendienstlicher Informationen Waffen und Munition erhielt. Außerdem ließen die Deutschen im Herbst 1944 die 1941 inhaftierten Bandera-Anhänger frei. Einige der Freigelassenen, so etwa Jurij Lopatin'skij, wurden später auf dem Luftweg in die Ukraine zurückgeschleust.

Auch die litauische Untergrundbewegung entschloss sich Ende 1944 zur taktischen Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten. Das NS-Regime organisierte dabei Ausbildungslager für Sabotagegruppen und sandte diese

⁷ AUŠRA JUREVIČIŪTĖ, Walki partyzanckie na Litwie w latach 1944–1953, in: *Klio* 3 (2003), Nr. 3, S.65-134, hier S. 85 f.

⁸ Litauisches Sonderarchiv, Vilnius (LYA), Fond 1771, Sign. 17, Aktenband 4, Bl. 39.

⁹ GRZEGORZ MOTYKA, *Ukraińska partyzantka 1942–1960. Działalność Organizacji Ukraińskich Nacjonalistów i Ukraińskiej Powstańczej Armii*, Warszawa 2006.

nach Litauen. Auf dieser Basis kristallisierten sich dort einige Partisaneneinheiten heraus:

„Im Landkreis Panevėžys wurde das größte in Deutschland vorbereitete Landungskommando ausgesetzt. Die Litauische Befreiungsarmee (LLA) entsandte Männer in die Ausbildungsstätten des Nachrichtendienstes, die mit Waffen, Munition und Funkgeräten ausgerüstet nach Litauen zurückkehren sollten. In Deutschland schulte man nicht mehr als 200 Fallschirmspringer. Aber nur wenigen von ihnen gelang es, eigene Einheiten zu bilden und erfolgreich gegen die sowjetischen Besatzer zu kämpfen.“¹⁰

Vor einer echten Bewährungsprobe stand die Widerstandsbewegung erst bei der erneuten Besetzung Litauens und der westlichen Ukraine durch die Rote Armee im Jahre 1944. Unmittelbar nach dem Einmarsch der Roten Armee gingen nämlich die litauischen und ukrainischen Partisanen zu einer breitangelegten Kampffaktion über, die darauf abzielte, die Entstehung lokaler kommunistischer Behörden möglichst im Keim zu ersticken. Die Partisanenverbände ließen sich dabei nicht selten auf regelrechte Gefechte mit den Truppen des NKVD ein und brachten die vor Ort eingesetzte sowjetische Verwaltung in Unordnung, so dass in einigen von den Untergrundaktivitäten betroffenen Gebieten de facto eine Art Doppelherrschaft existierte.

Diese von weiten Teilen der örtlichen Bevölkerung unterstützten Aktivitäten offenbarten deutlich den Willen der Litauer und Ukrainer, in einem unabhängigen Staat zu leben. Dadurch sollten einerseits die Selbstbestrebungen der Völkerschaften der UdSSR gestärkt und andererseits die Westalliierten zum aktiven Widerstand gegen den Kommunismus ermutigt werden. Chancen für einen Erfolg sah man damals im Ausbruch eines Dritten Weltkrieges (zunächst auch im inneren Zerfall der UdSSR), wobei Großbritannien und die USA als Verbündete angesehen wurden. Interessanterweise setzten die litauischen Partisanen auch auf Schweden gewisse Hoffnungen, während die ukrainischen Partisanen mit dem wohlwollenden Eingreifen der Türkei rechneten. Die Vertreter der Sowjetmacht behandelte man als Okkupanten, wobei die Partisanen überzeugt waren, nicht nur gegen die Kommunisten, sondern zugleich auch gegen den russischen Imperialismus hinter der Maske der marxistischen Ideologie zu kämpfen. Dass unter den einzelnen Nationalitäten bestimmte Kontroversen herrschten, bezeugen auch amtliche sowjetische Quellen jener Zeit. Ein auf die damalige Situation in Litauen eingehendes offizielles Dokument ist bezeichnend:

¹⁰ JUREVIČIŪTĖ, Walki partyzanckie, S. 99 f.

„Aufgrund des falschen Herangehens einiger russischer Genossen an die lokale Bevölkerung besteht in den Amtsbezirken eine nationale Feindseligkeit [...]. Die hierher geschickten russischen Genossen denken, alle Einheimischen seien Banditen oder hätten Verbindungen zu diesen, und die örtlichen Funktionäre nennen die russischen Genossen Trunkenbolde [...]. Die Sowjetmacht wird überall als Macht der Russen bezeichnet.“¹¹

Großen Einfluss auf die Haltung der ukrainischen Partisanen hatte das Scheitern der Unabhängigkeitsbestrebungen der Jahre 1917–1921. Der dadurch ausgelöste kollektive Schock führte in der ukrainischen Gesellschaft zu heftigen Diskussionen über die Ursachen und Folgen dieses Scheiterns. Den Grund für die Niederlage sah man in der weitgehenden Zersplitterung ukrainischer politischer Kreise und in deren internen Machtkämpfen, aber auch in der Ideenlosigkeit führender Politiker. Die demokratischen Ideale, für die die Anhänger der Revolution von 1917–1921 gekämpft hatten, schienen gescheitert zu sein. Im Endeffekt erfolgte eine Kehrtwende zu nationalistischen Weltanschauungen. Den Kern der Bandera-Fraktion der OUN bildete die ukrainische Jugend, die in den 1920er Jahren das Erwachsenenalter erreicht hatte. Diese Generation war mit der Überzeugung groß geworden, dass ihre Sendung darin bestand, die Fehler der Eltern zu „korrigieren“ und den unabhängigen ukrainischen Staat um jeden Preis zu erkämpfen. Die ukrainischen Nationalisten hatten jahrelang auf den Augenblick gewartet, in einen offenen Kampf eintreten zu können und sahen im Jahre 1944 wohl keine andere Möglichkeit als den bewaffneten Widerstand.

Dagegen wurde die litauische Partisanenbewegung stark von der Erinnerung an die Annexion von 1940 und der Tatsache beeinflusst, dass man sich dem sowjetischen Angriff nicht aktiv entgegengestellt hatte. Für die litauischen Soldaten war dies ein äußerst schmerzliches Erlebnis, das umso mehr die Gemüter erregte, als ein Teil von ihnen zum Kampf auf sowjetischer Seite gezwungen worden war. Man befürchtete nämlich, dass die unblutige Annexion Litauens vom Kreml als Beweis herangezogen werden würde, dass die litauische Gesellschaft sich freiwillig für einen Anschluss an die UdSSR ausgesprochen hatte.

Zahlreiche Litauer waren daher überzeugt, dass der militärische Widerstand gegen die sowjetische Besatzungsmacht eine unverzichtbare Bedingung für die Wiedergewinnung der nationalen Unabhängigkeit war – ein ehernes Argument, das das Streben der Litauer nach einem eigenen Staat nur bestätigte. 1944 tauchte im litauischen Untergrund sogar der Gedanke auf, zum Zeitpunkt des Rückzugs der Deutschen wenigstens einen gewissen Gebietsstreifen Litauens zu beherrschen und dort die Wiedegründung des

¹¹ LYA Fond 1771, Sign. 8, Bd. 177, Bl. 47.

litauischen Staates auszurufen. Bezeichnenderweise herrschte sowohl in Litauen als auch in der westlichen Ukraine die Befürchtung, dass die sowjetische Besatzungsmacht alle dortigen Bewohner entweder ermorden oder im günstigsten Fall deportieren lassen werde. Die Führer von OUN und UPA waren fest davon überzeugt (und fühlten sich darin durch die „Holodomor“-Erfahrung der Jahre 1932/33 bestätigt), dass die Ukrainer nach den Plänen der Kommunisten das Schicksal der Juden teilen sollten. Daher wollte man eher im offenen Kampf untergehen als sich untätig ermorden zu lassen.¹² Diese Ängste wurden anscheinend von der NS-Propaganda auf geschickte Weise weiter geschürt.

Obwohl sich diese Schreckensvision nicht bewahrheitete, war die Situation nach dem Einmarsch der Roten Armee mehr als außergewöhnlich. Die neuen sowjetischen Machthaber organisierten in den besetzten Gebieten unverzüglich Zwangsrekrutierungen. Ukrainer und Litauer wurden dabei wie Sowjetbürger behandelt und massenweise in die Rote Armee aufgenommen. Die Rekruten unterzog man dabei einer ideologischen Indoktrinierung. Die allgemeine Mobilisierung von Soldaten wurde rücksichtslos durchgeführt, bei etwaiger Verweigerung des Militärdienstes drohten harte Strafen. Auf Wehrdienstverweigerer veranstaltete man regelrechte Hetzjagden. Der Eintritt in die Armee stellte jedoch nicht unbedingt eine bessere Lösung dar. Denn die frisch gekürten Rekruten wurden oftmals nur als „Kanonenfutter“ missbraucht und gelangten manchmal bereits nach wenigen Tagen militärischer Ausbildung an die vordersten Schusslinien.

¹² Interessanterweise „reifte“ die Entscheidung der sowjetischen Machthaber über eine systematische Eliminierung der litauischen Bevölkerung sogar nach Ansicht einiger litauischer Historiker erst allmählich heran: „Ich weiß nicht, ob die Litauer eine allgemeine Hungersnot [...] allein deshalb vermeiden konnten, weil Stalin 1953 gestorben war und die unterworfenen Nationen nach seinem Tode milder behandelt wurden, oder nicht vielmehr deshalb, weil die Besatzer nicht den Mut hatten, aufs Ganze zu gehen. [...] Einer der Gründe war die Tatsache, dass Litauen trotz der Okkupation durch vielfältige Bande – wenn auch nur durch briefliche Korrespondenz – mit der westlichen Welt verbunden war. Dennoch tat man in dieser Richtung recht viel. [...] Der Verzicht auf eine radikale Abrechnung mit der litauischen Nation erfolgte nach der Aufhebung des Kriegszustands im Juni 1946. [...] Bis zu diesem Zeitpunkt fielen keine wichtigen Beschlüsse, obwohl aus damaligen Äußerungen einiger sowjetischer Funktionäre auf unterer Ebene hervorging, was für ein Litauen die Besatzungsmacht haben wollte. [...] Der Kommandant der Kreismiliz in Vilkaviškis [...] stellte fest [...], dass man in Litauen nur dann in Ruhe leben werden könne, wenn 75% der Litauer ermordet werden würden. Daraus lässt sich der Schluss ziehen, dass die unheilvollen Absichten der Besatzungsmacht erst allmählich heranreiften.“ JUOZAS STARKAUSKAS, *Struktury wykonawcze stalinowskiego terroru na Litwie w latach 1944–1956*, in: *Aparat represji a opór społeczeństwa wobec systemu komunistycznego w Polsce i na Litwie w latach 1944–1956*, hg. v. PIOTR NIWIŃSKI, Warszawa 2005, S. 69–76, hier S. 70.

Gleichzeitig erlegte man der ländlichen Bevölkerung hohe Versorgungskontingente auf. Die heranrückenden Truppen benötigten Nahrungsmittel, so dass die Dörfer verpflichtet wurden, bestimmte Mengen an Getreide, Milch und Fleisch zur Verfügung zu stellen. Im Gefolge der Roten Armee strömten sowjetische Parteikader und Staatsbeamte ins Land, die sich zu großen Teilen aus dem bereits bekannten Verwaltungsapparat der Jahre 1939–1941 rekrutierten.

Die Kommunisten strebten nach der völligen Unterordnung sämtlicher Lebensbereiche der Einwohner Litauens und der westlichen Ukraine unter die totalitäre Staatsgewalt. Die Bevölkerung vor Ort wurde gezwungen, sich einem Sowjetisierungsprozess zu unterziehen. Dabei organisierte man Tausende von Kundgebungen und öffentlichen Versammlungen (zwischen November und Dezember 1944 fanden allein im Verwaltungsbezirk Drohobyč über 4.000 Veranstaltungen statt), auf denen die Staatsverfassungen der UdSSR und der Ukrainischen bzw. Litauischen Sowjetrepublik sowie die Beschlüsse des Staats- und Parteiapparats näher „erläutert“ wurden. Darüber hinaus zeigte man auch verschiedene Propagandafilme. Speziell ausgewählte Gruppen von Propagandisten bemühten sich bei eigens anberaumten Zusammenkünften, die einheimische Bevölkerung zur Unterstützung der Kommunistischen Partei zu bewegen – zumindest jedoch den Eindruck zu erwecken, als ob deren Sieg nur eine Frage der Zeit sei, um aufkeimenden Widerstand möglichst im Ansatz zu ersticken. Im Laufe dieser öffentlichen Kundgebungen in Litauen wurde immer wieder stark betont, dass „die sowjetische Ordnung für immer gesiegt hat und dass es in Sowjetlitauen nie mehr eine andere Macht als die sowjetische geben wird“¹³. Um die unabhängige Konspiration zu diskreditieren, setzten die neuen sowjetischen Machthaber die antikommunistischen Partisanen mit den deutschen Besatzern gleich. Auf diese Weise stempelte man die Anhänger der Widerstandsbewegung zu verzweifelten Kollaborateuren des NS-Regimes ab, die angeblich nur darauf aus waren, den Fängen der Justiz zu entkommen. Daher tauchten in der offiziellen sowjetischen Propaganda – zumindest bis zur Kapitulation des Dritten Reiches – immer wieder die Bezeichnungen „ukrainisch-deutsche“ bzw. „litauisch-deutsche Nationalisten“ auf.

Eine wichtige Propagandawaffe bildete auch die Presse. Im Mai 1945 erschienen in der westlichen Ukraine über 170 Blätter auf Bezirks-, Stadt- und Rayonsebene (die republikanische und gewerkschaftliche Presse nicht mitgerechnet). Zur geplanten Sowjetisierung sollten ferner Tausende von Mitarbeitern „aus Partei und Staat“ beitragen, die aus dem Osten nach Litauen und in die westliche Ukraine strömten. Bis 1. November 1945

¹³ LYA Fond 1771, Sign. 8, Bd. 177, Bl. 46.

gelangten insgesamt 35.200 Angehörige des sowjetischen Parteiapparats, der Wirtschaftsämter und Ordnungsbehörden sowie Ärzte und Bedienstete des Kultur- und Bildungsbereichs in die westliche Ukraine. Bis Juni 1946 wuchs deren Zahl auf über 86.000 an.¹⁴

Ein erheblicher Teil der Repräsentanten des sowjetischen Partei- und Staatsapparats, aber auch die Funktionäre des NKVD und des NKGB sowie die Rote Armee verhielten sich in der Westukraine und in Litauen wie in einem unterworfenen Land und behandelten die einheimische Bevölkerung wie untergeordnete Menschenmassen. Zahlreiche zeitgenössische Quellen bestätigen, dass sich die sowjetischen Besatzer oftmals bestimmter Missbräuche, Diebstähle und Vergewaltigungen schuldig machten. Im Jahre 1944 klagten selbst die litauischen Kommunisten darüber, dass viele der im Land eingetroffenen Milizionäre die einheimische Bevölkerung terrorisierten, indem sie deren Wohnhäuser aufsuchten, Wodka und Speckstreifen forderten – und im Falle der Verweigerung den Betroffenen die Erschießung androhten. Wie in einem offiziellen sowjetischen Bericht eingeräumt wurde, „sagen viele, dass man in der Nacht die ‚Grünen‘, und am Tag die ‚Roten‘ fürchte“.¹⁵ Zahlreiche Meldungen sowjetischer Kontrollorgane, die derartige Verhaltensweisen nach Möglichkeit einzuschränken versuchten, lassen keinen Zweifel darüber zu, dass das Ausmaß solcher Vorkommnisse tatsächlich enorm gewesen sein musste. Das Vorgehen der sowjetischen Besatzungsmacht weckte sicherlich bei zahlreichen Einwohnern vor Ort die Bereitschaft zum Widerstand.

Kommunistische Parteifunktionäre nahmen oftmals mit gezückter Waffe am Kampf gegen die Untergrundbewegung teil. Bewaffnete Parteiaktivisten und Mitglieder der kommunistischen Jugendorganisation „Komsomol“ führten Propagandaaktionen durch, beteiligten sich an der Beschaffung von Versorgungskontingenten sowie an vielfältigen Unterdrückungsmaßnahmen des NKVD. Obwohl die Hauptlast der Bekämpfung der Konspiration auf den staatlichen Sicherheitsorganen ruhte, geht aus den erhalten gebliebenen archivalischen Quellen eindeutig hervor, dass die Kommunisten den Prozess der Sowjetisierung ununterbrochen steuerten. Fraglich ist indessen, inwieweit die Mitglieder der Kommunistischen Allunionspartei in der Ukraine selbst Initiatoren gewisser Repressionen gewesen waren oder nur als willfähige Werkzeuge der Moskauer Zentrale fungierten (gemeint ist der Bereich der individuellen Handlungsspielräume – die Tatsache der völligen Abhängigkeit vom Kreml ist unbestritten). Zweifellos widmete der 1. ZK-Sekretär der „KP der Bolschewiken der Ukraine“, Nikita Chruschtschow, der Bekämpfung der ukrainischen Partisanenbewegung große Aufmerksam-

¹⁴ MOTYKA, *Ukraińska partyzantka*, S. 418.

¹⁵ LYA Fond 1771, Sign. 8, Bd. 177, Bl. 47.

keit. Auf einer im Oktober 1945 einberufenen Versammlung bezüglich des Kampfes gegen das „Banditentum“ im Verwaltungsbezirk Stanislaw erteilte Chruščev den anwesenden Genossen folgende Anweisung:

„Vergeltungsschläge. Sie werden nicht durchgeführt. Das ist das stärkste Mittel, das auf den Einheimischen wirkt, und kein einziges Verbrechen, das die Banditen verübt haben, darf ohne Strafe bleiben. Dieses stärkste Mittel wird sehr wenig in Anspruch genommen. [...] Es müssen härtere Maßnahmen gegenüber dem kulakischen Bevölkerungsanteil ergriffen werden, und selbst wenn jemand kein Kulak ist, aber in Verbindung mit den Banditen steht, soll er dafür verantwortlich gemacht werden, was der Bandit getan hat. Den Handlangern der Banditen muss ein Schlag versetzt werden, aber der Hauptschlag ist gegen die Kulaken und die anderen feindlichen Elemente zu führen. Vielleicht ist es erforderlich, einige zu verurteilen und öffentlich zu erschießen. Damals haben wir öffentliche Prozesse durchgeführt und sie aufgehängt, aber jetzt ist die Situation eine andere und man darf von dieser Maßnahme keinen Gebrauch mehr machen; dafür kann man, wenn es rechtmäßig ist, öffentliche Erschießungen durchführen und sie müssen unbedingt angewendet werden, da dies ein Mittel zur Abschreckung der Einheimischen darstellt.“¹⁶

Gehörigen Anteil an den Unterdrückungsmaßnahmen hatte sicherlich auch der 1. Sekretär der „KP der Bolschewiken Litauens“, Antanas Sniečkus. Bezeichnend sind in diesem Zusammenhang die Memoiren seiner Ehefrau Mira Bordonajė:

„Unter den Bedingungen des erbitterten Klassenkampfes konnte und wollte er nicht immer gut zu allen sein. [...] Manchmal konnte er Widersprüche zwischen Gefühl und Pflicht nicht vermeiden, zwischen Emotionen und den harten Anforderungen der Revolution.“¹⁷

Auf der III. Plenarsitzung der litauischen KP im Sommer 1944 rief Sniečkus eindringlich zur Wachsamkeit im weiteren Verlauf der bolschewistischen Revolution auf:

„Der Klassenkampf wird sich verschärfen, das ist klar. [...] Obwohl die Macht auf unserer Seite ist, obwohl alle unsere Maßnahmen durchgeführt werden, werden die klassenfeindlichen Schichten, vor allem die kulakischen Schichten, jeden erdenklichen Widerstand leisten und wir müssen darauf vorbereitet sein, wir dürfen nicht blind sein.“¹⁸

¹⁶ Nach: NIKITA SERGEEVIČ CHRUSČEV, *Dva cveta vremeni. Dokumenty iz ličnogo fonda N. S. Chruščeva*, Bd. 1, hg. v. NATAL'JA TOMILINA, Moskva 2009, S. 174 f.

¹⁷ MIRA BORDONAJTĖ, *Tovarišč Matas. Vospominanija ob Antanase Snečkusie*, Vilnius 1986, S. 159.

¹⁸ LYA Fond 1771, Sign. 17, Bd. 4, Bl. 61.

Gleichzeitig brandmarkte Sniečkus jedoch im Gegensatz zur Führung der ukrainischen KP die extremsten Missbräuche der kommunistischen Machthaber im Lande. Im April 1946 stellte er nach der Schilderung einiger drastischer Fälle des Fehlverhaltens von Repräsentanten der Staatsgewalt gegenüber der litauischen Zivilbevölkerung die rhetorische Frage: „Unwillkürlich erhebt sich die Frage: Wie konnten diese und andere ähnliche Banditen derart lange ihr Unwesen treiben?“¹⁹

Einen nicht unerheblichen Einfluss auf die sowjetische Wahrnehmung des gesellschaftlichen Widerstands hatte sicherlich das Problem der sprachlichen Verständigung. Denn die kaum verständliche und schwer erlernbare litauische Sprache stellte für die sowjetischen Aktivisten, die die regionalen Besonderheiten vor Ort nicht kannten, nicht nur ein großes Hindernis bei der Enttarnung der litauischen Untergrundbewegung dar. Durch die Sprachbarriere wurden vielmehr sämtliche Anzeichen von Widerstand in der einheimischen Bevölkerung aus sowjetischer Sicht „nachvollziehbarer“ (was nicht heißt, dass der Widerstand auch mit größerer Verständnisbereitschaft registriert wurde). Der Unterschied zwischen Sowjets – überwiegend Russen (Slawen) – und Litauern war somit deutlich erkennbar. Indessen blieb der Widerstand der Westukrainer für die Verfechter der These von der Einheit aller Slawen eine völlig unverständliche „Laune der Natur“, die sich – angesichts der starken Unterstützung des Kommunismus in der östlichen Ukraine – wohl nur durch die marxistische Klassenkampftheorie („Ränkespiele von Bourgeoisie und Kulaken“) erklären ließ.

Die Aktivitäten des Untergrunds zwangen die sowjetischen Besatzer dazu, in den einzelnen Regionen erhebliche „tschekistisch-militärische“ Kräfte aufrechtzuerhalten, die zahlreiche gegen die Partisanen gerichtete Operationen, aber auch Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Zivilbevölkerung einleiteten. Die rücksichtslose Vorgehensweise der Besatzungsmacht führte dazu, dass auf dem Boden Litauens und der westlichen Ukraine rasch der Ausnahmezustand herrschte und die Menschen vor Ort leicht Opfer von Repressionen werden konnten. Trotz dieser schwierigen Bedingungen gelang es dem antisowjetischen Untergrund, seine organisatorischen Strukturen bis Anfang der 1950er Jahre aufrechtzuerhalten, was sicherlich ein großer Erfolg war. Innerhalb der ukrainischen Widerstandsbewegung dominierten die Bandera-Fraktion der OUN und die ihr unterstehende UPA. Daher besaß der Untergrund in der westlichen Ukraine seit dem Einmarsch der Roten Armee zentralisierte Führungsstrukturen, die trotz vielfältiger kleinerer Abspaltungen bis 1954 bewahrt werden konnten. Dagegen hatte es die sowjetische Besatzungsmacht im Falle der litauischen Konspiration mit mehreren unterschiedlichen Organisationen zu tun, die

¹⁹ LYA Fond 1771, Sign. 9, Bd. 7, Bl. 13.

dennoch ständig um eine Bündelung ihrer Kräfte und die Schaffung einheitlicher Strukturen bemüht waren. In den Jahren 1944/45 hatte dabei die LLA die größte Bedeutung. Gegründet wurde sie am 13. Dezember 1941 von Kazys Veverkis („Senis“).²⁰ Der Einmarsch der Roten Armee in Litauen bildete für die Mitglieder der LLA das Signal für den Beginn landesweiter Partisanenkämpfe, die in der Anfangsphase hauptsächlich von der LLA organisiert wurden.

1946 gelang es den litauischen Untergrundorganisationen, ein gemeinsames „Präsidium der Allgemeinen Demokratischen Widerstandsbewegung“ zu gründen. Aber dieser Versuch der Vereinigung aller konspirativen Kreise wurde durch die sowjetischen Verhaftungsaktionen rasch zunichte gemacht. Erst im Februar 1949 konnte sich endgültig eine zentralisierte Führung herauskristallisieren. Damals entstand die „Bewegung für den Kampf um die Freiheit Litauens“ (LLKS), deren Ratspräsidium von Brigadegeneral Jonas Žemaitis geleitet wurde.

Die von den Partisanen in Litauen und der Westukraine angewandten Kampfmethoden werden in der Forschung bis heute sehr kontrovers diskutiert. Die teilweise auf sehr grausame Weise durchgeführten Vernichtungsaktionen an ganzen ukrainischen und litauischen Familien, die der Kollaboration mit den sowjetischen Besatzern beschuldigt wurden, sind sicherlich in keinsten Weise zu rechtfertigen. Denn nicht nur die UPA, sondern auch die litauischen Partisanen wandten dabei wiederholt das Prinzip der Kollektivhaftung an. Folgender Auszug aus einem amtlichen sowjetischen Dokument jener Zeit ist bezeichnend:

„Am 4. August [1945] führten die Mitglieder zweier Banden der LLA im Kreis Alytus einen Überfall auf 31 Familien durch, bei dem die Banditen 48 Personen töteten und zwei mitnahmen. Unter den Ermordeten befanden sich elf alte Männer zwischen 60 und 70 Jahren, sieben Kinder zwischen 7 und 14 Jahren und sechs Mädchen zwischen 16 und 20 Jahren. Alle betroffenen Familien waren arme Bauern, die Kulakenland erhalten und sich gegenüber unseren Maßnahmen zur Bekämpfung der Banditen zustimmend geäußert hatten. Keiner der Getöteten arbeitete bei einer sowjetischen Partei- oder anderen Einrichtung.“²¹

Die Eliminierung vermeintlicher oder tatsächlicher Verräter innerhalb des eigenen Volkes ist jedoch für alle Partisanenbewegungen kennzeichnend. Dieser Personenkreis bildet nämlich stets das leichteste Angriffsziel und hat

²⁰ „Senis“ kam am 28.12.1944 bei einem gewaltsamen Zusammenstoß mit NKVD-Funktionären ums Leben. Insgesamt starben vier Brüder seiner Familie, drei Brüder und drei Schwestern wurden in sowjetischen Gefängnissen festgehalten.

²¹ Staatsarchiv der Russischen Föderation, Moskau (GARF) Fond 9478, Sign. 1, Bd. 354, Bl. 45.

daher in der Regel eine hohe Zahl an Todesopfern zu verzeichnen. Obwohl Aktionen dieser Art nicht zu rechtfertigen sind und ein beschämendes Fragment der Geschichte darstellen, haftet ihnen nichts Außergewöhnliches an.

Die Hauptlast der Bekämpfung der Konspiration ruhte auf den „Inneren Truppen“ des NKVD und den staatlichen Sicherheitsorganen (NKVD und NKGB). In der Anfangsphase führten die „Inneren Truppen“ großangelegte „tschekistisch-militärische“ Säuberungsaktionen durch, in deren Verlauf riesige Waldgebiete und die umliegenden Dörfer der einzelnen Rayons durchsucht wurden. Bereits nach den ersten gewaltsamen Zusammenstößen mit ukrainischen Partisanen ließ die NKVD-Führung alle sowjetischen Soldaten davon in Kenntnis setzen, dass man sich in einer neuen Situation befinde, da man nunmehr gegen gut ausgerüstete und geschulte „Banden“ kämpfe – und nicht mehr wie bisher „gewöhnliche Säuberungsaktionen“ im Hinterland der Front durchzuführen habe.²²

Im Laufe der Zeit verlor die „Hetzjagd“ auf die Partisanen ihren anfänglichen Massencharakter, denn die abnehmende Anzahl von Partisanengruppen erlaubte es der sowjetischen Seite, kleinere Soldateneinheiten zu deren Bekämpfung auf den Weg zu schicken. Diese Einheiten waren vor Ort unablässig in Bewegung. Die sowjetischen Kampfverbände „durchkämten“ je nach geographischer Lage schmale Waldregionen und durchsuchten verdächtig erscheinende, kleine Bauernsiedlungen. Außerdem organisierte man Überfälle aus dem Hinterhalt oder stellte Wachposten an den voraussichtlichen Marschrouten von Partisaneneinheiten auf. Diese beiden Methoden im Kampf gegen die Partisanen wurden ggf. miteinander verbunden.

Die um die Jahreswende 1945/46 unternommenen Aktivitäten der „Inneren Truppen“ des NKVD wurden zunehmend von den in dieser Zeit aus Moskau eintreffenden Nachrichten des Innen- und des Staatssicherheitsministeriums (MGB) abhängig. Die überwältigende Mehrheit (über 90 %) aller erfolgreich beendeten sowjetischen Operationen wurde damals auf der Basis konkreter operativer Angaben durchgeführt. Dagegen verliefen „blinde“ Aktionen beinahe stets ergebnislos im Sande. Im August 1947 führte z. B. die 62. Schützendivision der „Inneren Truppen“ des MGB insgesamt 1.070 Einzelaktionen gemäß den operativen Angaben des MGB durch, während 5.018 Aktionen ohne entsprechende Angaben erfolgten. Unter ersteren führten 201 Aktionen (19 %) zum Erfolg, während in letzterer Gruppe lediglich 39 Operationen (7,5 %) als gelungen betrachtet wurden. Laut den operativen Angaben bekam man damals 444 „Banditen“

²² Russisches Staatliches Militärarchiv, Moskau (RGVA) Fond 38675, Sign. 1, Bd. 12, Bl. 70.

(87 % aller getöteten und festgenommenen Personen im August 1947) zu fassen. Ohne entsprechende operative Angaben registrierte man hingegen lediglich 39 erfolgreiche Aktionen (13 %).²³

Im September 1947 unternahm die 62. Schützendivision der „Inneren Truppen“ 799 Einzelaktionen in Anlehnung an operative Angaben, von denen 133 (16 %) zumindest halbwegs glückten. Im Endeffekt wurden im Verlauf dieser Aktionen 300 „Banditen“ getötet oder festgenommen, was 97 % aller monatlich erlittenen Verluste der Partisanen entsprach. Zur gleichen Zeit führte man insgesamt 3.541 „blinde“ Operationen durch, in denen der Gegner lediglich in acht Fällen deutliche Verluste erlitt. Dabei kamen neun „Banditen“ ums Leben (3 % der den Partisanen zugefügten Verluste).²⁴ In Litauen verloren im Jahre 1947 nach Angaben des litauischen Historikers Juozas Starkauskas insgesamt 64 % aller getöteten Partisanen infolge von Verrat ihr Leben. 1950 kamen aus diesem Grund beinahe 100 % aller entdeckten Partisanen um.²⁵

Als eine der wirksamsten Methoden zur Bekämpfung der Konspiration galt die Verschleppung ins Landesinnere der UdSSR. Auf eben diese Weise – durch die umfassende Zwangsaussiedlung der Tschetschenen und anderer kaukasischer Völker – hatte der Kreml bereits 1944 das Problem der dort aufkeimenden Widerstandsbewegung „gelöst“. Im Kampf gegen die Partisanenverbände in den westlichen Republiken der Sowjetunion deportierte man jedoch nicht ganze Völkerschaften, sondern beschränkte sich „lediglich“ auf die Familien der mit dem Untergrund verbundenen Personen.

Die ersten Deportationen fanden bereits in den Jahren 1944/45 statt. Die in der Folgezeit erzielten Erfolge beim Kampf mit der Untergrundbewegung bewegten die sowjetischen Machthaber im Jahre 1946 zum Verzicht auf dieses Repressionsmittel. 1947 entschied man sich erneut für Deportationen, ordnete aber diesmal unverzüglich die Zwangsaussiedlung größerer Bevölkerungsgruppen an. Gleichzeitig wollte man zusammen mit den Sympathisanten der „Banditen“ auch die Kulaken aussiedeln, was den Auftakt zur intensiven Zwangskollektivierung der Landwirtschaft in den Jahren 1948–1950 darstellte. Als Erstes kam die westliche Ukraine an die Reihe. Die unter dem Decknamen „Westen“ durchgeführte Aussiedlungsaktion begann am 21. Oktober 1947 um 6.00 Uhr morgens und wurde in den meisten Verwaltungsbezirken noch am gleichen Tag beendet. Im Bezirk Tarnopol siedelten die sowjetischen Behörden innerhalb von 10 Stunden über 13.000 Menschen aus. Im Laufe der mehrtägigen Operation deportierte man 26.644 Familien „aktiver Nationalisten“ – insgesamt

²³ RGVA Fond 38685, Sign. 1, Bd. 55, Bl. 8.

²⁴ Ebd., Bl. 57-60.

²⁵ STARKAUSKAS, *Struktury*, S. 72.

76.192 Menschen, darunter 18.866 Männer, 35.152 Frauen und 22.174 Kinder.²⁶ Der ukrainische Historiker Grzegorz Hryciuk charakterisiert die Großaktion wie folgt: „Unter den Deportierten befanden sich Personen, die sogar nach den weichen Kriterien des NKVD keinen Repressionen hätten unterliegen dürfen.“²⁷

Am 22. Mai 1948 führten die sowjetischen Machthaber auch in Litauen eine große Deportationsaktion durch. Im Laufe der Operation „Frühling“ siedelte man 49.331 Menschen aus. Zusammen mit den Partisanenfamilien wurden auch Personen verschleppt, die offiziell als „Kulaken“ galten. Im darauffolgenden Jahr kam es zu einer erneuten Deportationswelle (Deckname „Zustrom“), die außer Litauen auch Lettland und Estland erfasste. Dabei wurden von 25.-28. März 1949 (18.00 Uhr) 29.687 Familien (89.874 Personen) deportiert. Innerhalb eines Jahres siedelte man insgesamt 94.779 Menschen aus – 25.708 Männer, 41.987 Frauen und 27.084 Kinder.²⁸

In der westlichen Ukraine wurden 1948 lediglich 817 Menschen verschleppt, aber bereits 1949 kehrte man erneut zur Praxis der Massenausiedlungen zurück, wobei eine neue Methode der Auswahl der zur Verbannung bestimmten Personen eingeführt wurde. Denn von nun an erfolgten die Deportationen in Reaktion auf konkrete Partisanenaktionen und erfassten auch die in der Nähe des jeweiligen Tatorts lebenden Menschen. Ein Beispiel: Als Partisanen am 15. März 1949 im Dorf Małčice (Rayon Ivano-Frankivsk) einen Bauern töteten, siedelte man als Vergeltung für diese Tat drei Familien (14 Personen) ins Landesinnere der UdSSR um, die in unmittelbarer Nähe zum Tatort gewohnt hatten.²⁹ Die sowjetischen Aktionen dieser Zeit erinnern auf den ersten Blick stark an die von den Nationalsozialisten angewandte Methode der Kollektivhaftung. Doch während das NS-Regime seine Geiseln erschießen ließ und ganze Dörfer „pazifizierte“, ließen die sowjetischen Machthaber die der Unterstützung der „Banditen“ verdächtigten Personen ins Landesinnere der UdSSR verschleppen. 1949 deportierte man aus der westlichen Ukraine 25.527 Menschen – 1950 sogar 41.149. 1951 sank die Zahl der Deportierten auf 18.523 und 1952 auf 3.229.³⁰

²⁶ GARF, Akte Stalin, Bd. 199, Bl. 205-209.

²⁷ GRZEGORZ HRYCIUK, *Przemiany narodowościowe i ludnościowe w Galicji Wschodniej i na Wołyniu w latach 1931-1948*, Toruń 2005, S. 299.

²⁸ STANISŁAW CIESIELSKI u. a., *Masowe deportacje ludności w Związku Radzieckim*, Toruń 2003.

²⁹ Zentrales Staatsarchiv der öffentlichen Organisationen der Ukraine, Kiev (CDAGO), Fond 1, Sign. 23, Aktenband 5944, Bl. 12, 27.

³⁰ CIESIELSKI u. a., *Masowe deportacje*, S. 304 f.

Die von sowjetischer Seite eingeleiteten Aktivitäten gegen die Partisanen und die rücksichtslosen Unterdrückungsmaßnahmen mussten früher oder später zur Vernichtung des gesamten Untergrunds führen. Bereits im Sommer 1946 – nach der im Winter 1945/46 organisierten „Großblockade“ – beschloss die Führung der UPA die schrittweise Aufspaltung aller größeren ukrainischen Partisaneneinheiten. Die letzten beiden im Karpatengebirge agierenden Verbände wurden 1949 aufgelöst. Der weitere Kampf oblag nunmehr dem „tiefen“ bzw. „bewaffneten Untergrund“. Am 5. März 1950 kam in Bilohorsky bei Lemberg der UPA-Kommandant Roman Šuchewič ums Leben. Der organisierte Partisanenkampf in der Ukrainischen Sowjetrepublik endete 1954 mit der Verhaftung des letzten Führers der ukrainischen Untergrundbewegung, Vasyl Kuk. Die letzte Partisanengruppe der OUN wurde vom KGB im Jahre 1960 in Tarnopol liquidiert.

In den 1950er Jahren gelang es dem Kreml, auch der litauischen Konspiration den Todesstoß zu versetzen, denn 1951 musste General Žemaitis das Kommando aus Krankheitsgründen an Adolfas Ramanauskas übergeben. Er selbst hielt sich bis zu seiner Verhaftung am 30. Mai 1953 versteckt und wurde am 26. November 1954 erschossen. Am 12. Oktober 1956 geriet Adolfas Ramanauskas als letztes LLKS-Präsidiumsmitglied in Haft. Ähnlich wie bei General Žemaitis erwartete auch ihn ein Jahr später die Hinrichtung. Die beiden letzten litauischen Partisanen kamen 1965 gewaltsam ums Leben.

Resümierend bleibt festzustellen, dass die staatlichen Sicherheitsorgane der Sowjetunion im Kampf gegen die UPA über 445.000 Einwohner der westlichen Ukraine töteten, verhafteten oder deportierten (ca. 150.000 Todesopfer). Die Verluste auf litauischer Seite waren ebenfalls enorm. Nach Ansicht der russischen Historikerin Elena Zubkova hatten in Litauen über 276.000 Menschen unter den sowjetischen Repressionen zu leiden. Davon kamen ca. 20.000 ums Leben, 126.000 wurden ins Landesinnere der UdSSR verschleppt (ca. 130.000 inhaftierte Personen).³¹

Laut offiziellen Bilanzen über die auf sowjetischer Seite erlittenen Verluste kamen in den Jahren 1944–1953 in der westlichen Ukraine durch gewaltsame Aktionen der Bandera-Fraktion der OUN und der UPA insgesamt 30.676 Menschen ums Leben, darunter über 50 % Zivilisten. Zur gleichen Zeit töteten die Anhänger der litauischen Untergrundbewegung ca. 25.000 Menschen, von denen über 20.000 litauischer Abstammung waren.³² Die Aktivitäten der litauischen Partisaneneinheiten bewertet der litauische Historiker Arūnas Bubnys zusammenfassend wie folgt:

³¹ ELENA ZUBKOVA, *Pribaltika i Kreml' 1940–1953. Istoriija stalinizma*, Moskva 2008, S. 256.

³² MOTYKA, *Ukraińska partyzantka*, S. 650, mit umfassenden Literaturhinweisen.

„Der Partisanenkrieg war ein nationaler Befreiungskrieg, der das Bestreben der litauischen Nation offenbarte, in einem unabhängigen Staat leben zu wollen. Die Kämpfe der Jahre 1944–1953 bildeten den Höhepunkt der seit 1940 agierenden Unabhängigkeitsbewegung und zugleich den ideologischen Unterbau für den weiteren Widerstand gegen das sowjetische Herrschaftssystem. Diese Kämpfe beeinflussten auch die nationale Wiedergeburt in den Jahren 1988–1991.“³³

Mit dieser Auffassung stimmt der polnische Historiker Piotr Łossowski überein:

„Die Widerstandsbewegung der Jahre 1944–1953 spielte in der Geschichte Litauens eine enorme Rolle. Denn durch sie entstand die Tradition des Freiheitskampfes, an die man in der Ära der Unfreiheit ständig erinnerte und an die man später auf breiter Skala anknüpfte, als die Zeit der Wiedergewinnung der Freiheit gekommen war.“³⁴

Weitaus kritischer wird in Polen hingegen die Tätigkeit des ukrainischen Untergrunds bewertet. Es ist kaum verwunderlich, dass aus polnischer Sicht die genoziden ethnischen Säuberungen der Ukrainischen Aufstandsbewegung der Jahre 1943–1945 in Wolhynien und Ostgalizien das wichtigste Kapitel der Geschichte der ukrainischen Konspiration darstellen. Interessanterweise hatte auch der litauische Untergrund ein kritisches Verhältnis zu Polen. Denn so wie für die Ukrainer ein polnisches Lemberg unvorstellbar war, erschien den Litauern die dauerhafte Zugehörigkeit Wilnas zum polnischen Staat undenkbar. Daher kann man sogar davon ausgehen, dass Polen sowohl von der litauischen als auch ukrainischen Bevölkerung als nationaler „Feind Nr. 2“ angesehen wurde (erst an dritter Stelle figurierte das nationalsozialistische Deutschland).

In den Plänen der polnischen Widerstandsbewegung betrachtete man den militärischen Untergrund in Litauen und der Ukraine als potentiellen Gegner. Um die Jahreswende 1941/42 riefen etwaige Aktivitäten der litauischen Nationalisten jedoch weitaus größere Befürchtungen hervor als eventuelle Kampfaktionen ukrainischer Partisanen. Wie aus der unlängst erschienenen Studie des polnischen Historikers Adam Puławski hervorgeht, zeigte sich die polnische Konspiration von der Mitwirkung der litauischen Hilfspolizei am Holocaust stark beeindruckt und hielt eine ähnliche Liquidierungsaktion gegenüber den Polen im Wilnaer Gebiet für sehr wahr-

³³ ARUNAS BUBNYS, *Antykomunistyczny ruch oporu na Litwie w latach 1944–1953*, in: *Polskie podziemie niepodległościowe na tle konspiracji antykomunistycznych w Europie Środkowo-Wschodniej w latach 1944–1956*, hg. v. SŁAWOMIR POLESZAK, Warszawa / Lublin 2008, S. 83–91, hier S. 91.

³⁴ PIOTR ŁOSSOWSKI, *Litwa*, Warszawa 2001, S. 198.

scheinlich. Diese Haltung spiegelte sich in einer Meldung General Rowecis an die Londoner Exilregierung deutlich wieder:

„Zu rechnen ist eher mit dem Bemühen um eine planmäßige, erbitterte Polenhetze in Litauen und im Wilnaer Gebiet, falls den Litauern dafür freie Hand gelassen wird. Dies kann spätestens bei der Auflösung der deutschen Verwaltung und Armee geschehen, kann aber von den Deutschen bewusst bereits während der Okkupation getan werden. Im Besitz einer organisierten Verwaltung, Polizei und restlicher Armeeeinheiten werden die Litauer ein derartiges Pogrom bedeutend leichter durchführen können.“³⁵

Glücklicherweise blieben diese Prognosen letztlich unerfüllt. Der polnisch-litauische Konflikt beschränkte sich vielmehr auf kleinere bewaffnete Zusammenstöße zwischen der Heimatarmee und der litauischen Hilfspolizei, die allerdings von Mordaktionen an polnischen Zivilisten in den Dörfern Gliniszki und Dubinki begleitet wurden.

Gegenüber den Ukrainern gab es zwar keine derartigen Befürchtungen, dennoch erwartete man eine Wiederholung der Situation der Jahre 1918/19 (d.h. den erneuten Ausbruch von Kämpfen um Lemberg). In Wirklichkeit unternahmen ukrainische nationalistische Kreise jedoch den Versuch, die polnische Bevölkerung Wolhyniens zu eliminieren bzw. die Polen in Ostgalizien unter Androhung der Todesstrafe zu vertreiben.³⁶ Bezeichnenderweise brachten die antipolnischen Aktionen der UPA dem ukrainischen Unabhängigkeitsstreben letztlich keinen Nutzen, denn über die neuen Grenzen zwischen Polen und der damaligen Sowjetukraine entschied ohnehin Stalin. Diese Aktionen führten lediglich zum Tod von Tausenden unschuldiger Opfer.

Lässt man das Problem der antipolnischen Säuberungsaktionen außer Betracht, so fällt auf, dass es zwischen den Untergrundbewegungen in Litauen und der westlichen Ukraine zahlreiche Ähnlichkeiten gab. Während

³⁵ Meldunek nr 121 z 11 V 1942 r., nach: ADAM PUŁAWSKI, Rząd RP na Uchodźstwie, Delegatura Rządu na Kraj, ZWZ-AK wobec deportacji Żydów do obozów zagłady (1941–1942), Diss.-Manuskript (2009), S. 369 (veröffentlicht als DERS., W obliczu zagłady. Rząd RP na Uchodźstwie, Delegatura Rządu RP na Kraj, ZWZ-AK wobec deportacji Żydów do obozów zagłady (1941–1942), Lublin 2009).

³⁶ Die antipolnische Aktion der UPA begann im Februar 1943 in Wolhynien. Zur größten Welle von Überfällen in dieser Region kam es am 11.7.1943, als zur gleichen Zeit 99 Ortschaften den Angriffen ukrainischer Partisanen zum Opfer fielen. Anfang 1944 erfassten die antipolnischen Aktivitäten der Bandera-Fraktion der OUN und der UPA ganz Ostgalizien, wo zu Jahresbeginn 1945 die letzten Massenmorde verübt wurden. Infolge der gewaltsamen ukrainischen Aktionen kamen insgesamt ca. 100.000 Polen ums Leben; zu den Überfällen der UPA auf die polnische Bevölkerung: MOTYKA, *Ukraińska partyzantka*; WŁADYSŁAW SIEMASZKO / EWA SIEMASZKO, *Ludobójstwo dokonane przez nacjonalistów ukraińskich na ludności polskiej Wołynia 1939–1945*, 2 Bde., Warszawa 2000.

jedoch den nach dem Zweiten Weltkrieg in Litauen agierenden Partisanen immer noch enorme Wertschätzung entgegengebracht wird – als Verkörperung des Unabhängigkeitswillens der litauischen Gesellschaft –, gibt die Bewertung der Tätigkeit von OUN und UPA in der Ukraine permanenten Anlass zu politischen Streitigkeiten. Ein wesentlicher Grund für diese Konstellation liegt darin, dass sich die nationale Widerstandsbewegung im Falle Litauens auf das gesamte Staatsterritorium erstreckte, während sie in der Ukraine nur den westlichen Landesteil umfasste.

Letztendlich spiegelte sich im Kampf der litauischen Partisanenverbände weitaus deutlicher der Widerstand der Bevölkerung gegen die sowjetische Besatzungsherrschaft wider, während hingegen die Situation in der Ukraine in vielerlei Hinsicht eher an einen Bürgerkrieg erinnerte, da es sich dabei zumindest teilweise um einen Streit des kommunistisch geprägten östlichen Staatsgebiets (d. h. der Ukrainischen Sowjetrepublik in den Grenzen vom 17. September 1939) mit dem westlichen Landesteil handelte, der sich als Erbe der (1918/19 existierenden) Westukrainischen Volksrepublik betrachtete. Die territoriale Begrenzung der Tätigkeit der UPA auf Ostgalizien und Wolhynien macht diese in den Augen der ostukrainischen Bevölkerung zu einer fremden Kampfformation, die weniger um nationale Freiheit rang als vielmehr einen blutigen Bürgerkrieg führte. Für den innerukrainischen Streit um die Frage, ob die gegen die Kommunisten kämpfenden Partisanen als nationale Unabhängigkeitskämpfer gelten dürfen, ist das Problem des in Wolhynien verübten Massakers bestenfalls nur von sehr geringer Bedeutung. Aber gerade diese Liquidierungsaktion gegen die polnische Zivilbevölkerung unterscheidet die UPA von anderen konspirativen Kampfverbänden des östlichen Europas recht deutlich. Denn keine andere Untergrundarmee führte gegen Ende des Zweiten Weltkrieges derart rücksichtslose ethnische Säuberungen durch.